

Ercheit täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannisstraße 33.  
Druckerei der Redaction:  
Bismarckstraße 10—12 Uhr.  
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Preise an Wochentagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.  
In den Filialen für Inf.-Ausgabe:  
Otto Meum, Universitätsstr. 22,  
Louis Böhr, Katharinenstr. 15, p.  
nur bis 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anlage 15,250.  
Abonnementspreis viertel, 4 1/2 M.,  
incl. Frangobon 5 M.,  
durch die Post bezogen 6 M.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Abdrucken für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 36 M.,  
mit Postbefreiung 45 M.  
Inserate 5 Gelp. Petitzeile 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis. — Tabellarischer  
Zug nach höherem Tarif.  
Kleinere unter dem Rubrikations-  
tarif die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Jahrbuch pränumerando  
oder durch Postvorschuß.

No. 44.

Mittwoch den 13. Februar 1878.

72. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

Vom 15. Februar ab beträgt die Päckelgebühren in Leipzig für gewöhnliche Pakete bis 5 Kilo einschließlich: 15 Pf., für schwerere Pakete: 20 Pf.  
Gebühren mehrere Pakete zu einer Adresse, so wird für das schwerste Paket der ordnungsmäßige Satz für jedes weitere Paket aber nur eine Gebühr von 5 Pfennigen erhoben.  
Der Kaiserliche Ober-Post-Director.  
Leipzig, 11. Februar 1878.

## Bekanntmachung.

Von dem am 29. vor. Mon. zur anderweitigen Verrentung vertheilten **Wohlfahrten Nr. 7, 12 der Meischke am Hospitalplatz** ist die erste unter Ablehnung des darauf gehaltenen Höchstgebotes dem nächsthöchsten Bieter, letztere dem Höchstbieter zugeschlagen worden und es werden daher in Gemäßheit der Vertheilungsbedingungen die unberücksichtigt gebliebenen Bieter hiermit ihrer Gebote entlassen.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Tröndlin, Gerutti.  
Leipzig, den 9. Februar 1878.

## Holz-Auction.

Mittwoch den 20. Februar a. e. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Burgauer Forstreviere ca. 90 Abruhaufen, sowie 130 Kanghaufen, darunter 22 starke eichene Durchforstungshaufen, unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.  
Zusammenkunft: im verschlossenen Holze, hinter dem neuen Schützenhause in der Nähe der Thüringer Eisenbahn.  
Leipzig, am 11. Februar 1878.  
Des Raths Forst-Deputation.

Leipzig, 12. Februar.

Die englische Flotte ist nicht in die Dardanellen eingelaufen; dafür ist gestern Abend die Nachricht eingelaufen, daß die Flotte sich den Versuch der englischen Schiffe verbat, weil dieser sofort den Einmarsch der Russen in Konstantinopel nach sich ziehen würde. Die Nachricht, die von zwei Blättern („Daily Telegraph“ und „Ball Mail Gazette“) zugleich gebracht wird, entbehrt zwar noch der amtlichen Bestätigung; doch da sie aus London kommt, wo sie von der englischen Regierung sofort hätte demontirt werden können, und da die auf gestern angekündigte Einfahrt noch bis zu diesem Augenblicke nicht als vollzogen gemeldet wird, so wird es wohl seine Wichtigkeit damit haben, daß die Flotte auf das Ansehen der englischen Schiffscapitaine nicht mit einem vernünftigen „Hören!“ geantwortet hat. Die Flotte hat die Abweisung damit begründet, daß ein Anker englischer Schiffe vor Konstantinopel die Befestigung dieser Stadt durch die Russen zur Folge haben würde. Daß das nicht etwa nur eine leere Ausflucht ist, geht aus einem Telegramm hervor, welches Fürst Gortschakoff an die russischen Vorgesetzten gerichtet hat, und in welchem angekündigt wird, daß, da Großbritannien und andere Mächte zum Schutze ihrer Unterthanen Flotten nach Konstantinopel entsenden wollen, namentlich auch die russische Regierung beabsichtige, zum Schutze der Christen einen Theil der russischen Truppen in Konstantinopel einrücken zu lassen. Die offizielle „Agence Russe“ fügt dieser Meldung noch hinzu, daß dem Großfürsten bereits entsprechende Befehle zugegangen seien. Hiernach scheint es, als ob Russland gar nicht erst abwarten wolle, bis englische oder sonstige Schiffe mit oder ohne Zustimmung der Flotte in den Dardanellen erscheinen, sondern auf alle Fälle zur Befestigung der türkischen Hauptstadt schreiten werde. Der Trumpf, den Lord Beaconsfield im Verein mit der englischen Parlamentsmehrheit gegen Russland ausspielte, wäre also von diesem noch übertrumpft; während der frühere Außenfreund, schon abgewiesen, vor der Thür stehen bleibt, wird der bisherige Erzfeind mit offenen Armen aufgenommen. Das ist eine Wendung, wie die lebhafteste Phantasie sie nicht drohlicher, aber zugleich auch nicht ernsthafter erfinden kann. Denn sehr ernsthaft ist die Lage durch diese Wendung geworden, die mit einem Ruck das Conferenzproject in den Hintergrund schiebt und den Verdacht eines in aller Stille vollzogenen oder sich vollziehenden russisch-türkischen Bündnisses aufsteigen läßt. Ein solches Bündnis lag schon seit mehreren Tagen in der Luft, und man wußte, daß die türkischen Minister, erbot über die Hinterhältigkeit und Unzuverlässigkeit Englands, ihm günstig gefinnt seien. Ein Wiener Blatt, das sich freilich nicht durch vorsichtige Quellenforschung auszeichnet, das „Neue Wiener Tagblatt“, will sogar von dem schon erfolgten Abschluß eines Schutzbündnisses zwischen dem Czaren und dem Sultan wissen. Das Document sei russischerseits von Staatsrath Nelidoff, türkischerseits von Serber Pascha gezeichnet. Es enthalte nur drei Artikel. In dem einen werden die Gebietsabtretungen präcisiert, welche der Sultan, um seinem Auzer einen Beweis seiner freundschaftlichen Gesinnungen zu geben, an Serbien, Montenegro und eventuell an Rumänien zu machen bereit sei. In dem zweiten Artikel übernehme der Czar in feierlichster Weise die Verpflichtung, alle Befestigungen des Sultans, wo immer sie sich befinden mögen, gegen welchen Feind immer mit allen Mitteln und auch mit den Waffen in der Hand zu beschützen, also die formelle Garantie für den Besitzstand der Türkei von Seiten Russlands. In

dem dritten und Schlusssatz verbunden sich beide Mächte zu gegenseitiger Abwehr, so daß, wenn die Flotte von irgend welcher Macht angegriffen werden sollte, Russland zur Hilfeleistung verpflichtet sei, und daß, wenn irgend welche Macht an Russland den Krieg erklären sollte, der Sultan verpflichtet sein solle, seine Macht mit jener Russlands zu vereinigen, um den Angriff abzuwehren. Dies gelte selbstverständlich auch für den Fall, wenn jetzt, da russische Streitkräfte auf türkischem Boden stehen, diese von irgend einer Macht bedroht oder förmlich angegriffen werden sollten. — Nach dieser Sentenzenliste wäre das Bündnis also schon für und fertig, was wir kaum für richtig halten; aber selbst die sehr gewissenhafte „Presse“ bringt folgendes Telegramm aus Petersburg: „Die Bedingungen des in Adrianopel abzuschließenden Friedens sind noch unbekannt, doch wird von unterrichteter Seite berichtet, daß der erste Artikel Russland und die Flotte in ein Verhältnis bringen werde, welches einem Schutz- und Trutzbündnis sehr nahe kommt. Russland übernehme vorläufig die Sicherung der Türkei gegen auswärtige Feinde und die Aufrechterhaltung der Autorität der Flotte. Die russischen Truppen werden zu diesem Zwecke einige Städte und wahrscheinlich auch Konstantinopel zeitweilig besetzen, wozu die Russen jetzt schon vorrücken. In keinem Falle wird die Befestigung von Konstantinopel, welche bisher noch nicht erfolgt ist, einen feindseligen Charakter an sich tragen.“ Offenbar geht etwas vor zwischen dem Czar und dem russischen Hauptquartier, und daß die Fäden, die herüber und hinüber gesponnen werden, ziemlich vertraulicher Natur sind, das scheinen die Vorbereitungen zu bekräftigen, die für eine in Tschatalja (in der Nähe von Konstantinopel) abzuhaltenen Zusammenkunft des Sultans mit dem Großfürsten getroffen werden. Aber ganz abgesehen davon, ob dieses Bündnis schon da ist oder nur erst geplant wird, scheint doch das festzustehen, daß Russland die maritime Action Englands mit dem Marische nach Konstantinopel beantwortet und daß England in die Lage kommen kann, sich den Zugang zu den Dardanellen zu erzwingen. Letzteres ist beinahe ein sehr schwieriges, ja, wenn die den Zugang bewachenden Dardanellenschlösser hinreichend besetzt und verteidigt sind, wohl kaum ausführbares Kunststück, und so sieht England jetzt die Waffe, die es zur Bändigung Russlands geschmiedet glaubte, gegen sich selbst gekehrt. Eine tragikomische Remise, deren Erfindung dem größten Dichtergenie die Ehre machen würde! Wie sehr wir aber auch geneigt sein müßen, dem selbstthätigen und durch die Ausbeutung der anderen Nationen üppig gewordenen Britannien eine Demüthigung zu gönnen, so dürfen wir doch auch das Maß der russischen Triumphe nicht überschäumen lassen. England möge seine Schlappe mit Würde tragen; aber auch dem übermüthig einberühmenden Sieger müssen Hügel angelegt werden. Dies zu thun, sind Oesterreich und Deutschland berufen. An ein kriegerisches Eingreifen Deutschlands ist auch jetzt nicht zu denken; die orientalischen Dinge liegen uns nach wie vor zu fern, als daß wir um ibrerwillen unsere Haut zu Markte tragen sollten. Oesterreich aber, dessen Interessen stark im Spiele sind, ist in diesem Augenblicke mehr als je verpflichtet, Russland auf den Rahn zu föhren, auf die Begrenzung des russischen Einflusses in den Balkanländern, auf die Sicherung seiner Ostgrenze und auf die Freihaltung der Donauschiffahrt Bedacht zu nehmen. Deutschland ist ebenso sehr interessiert an dem Bestande Oesterreichs wie an der Freundschaft Russlands; es nimmt, im Hinblick auf die lauernde Haltung des rebandellustigen Frankreich, eine sehr schwierige Mittelstellung ein. Wir vertrauen aber zu der Genialität und weisen Mäßigung des deutschen Kanzlers, daß er diese Stellung auch fernerhin glänzend und ehrenvoll ausfüllen wird, und sehen den Ausschlüssen, die Fürst Bismarck

hoffentlich noch im Laufe dieser Woche vor dem versammelten Reichstage geben wird, mit Spannung, aber auch mit fester Zuversicht entgegen.

Die vom Bundesrathe vorgeschlagene Erhöhung der Tabaksteuer hat in den Kreisen der Interessenten eine hochgradige Aufregung hervorgerufen. In den zahlreichen Zusammenkünften derselben streitet man sich, ob grundsätzliche Zurückweisung oder Amendirung der Vorlage die richtigere Taktik sein würde. Inzwischen scheinen die tatsächlichen Aussichten, welche das Project im Reichstage hat, ganz übersehen zu werden. Seit Jahren erwartet man eine durchgreifende Steuerreform, deren Programm — Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs — entsprechende Entlastung der Einzelstaaten, bezw. der Communen in den Einzelstaaten — längst eine lanblühige Forderung ist. Wenn nun jetzt verschiedene neue Steuern in Vorschlag gebracht werden, welche nach der Schätzung der Regierungen einen Gesamtvertrag von 43 Millionen Mark liefern sollen und demgemäß, nach Abzug der im Etatentwurf für 1878/79 angemessenen Erhöhung der Matricularbeiträge um 25 1/2 Mill. Mark, die Beiträge der Einzelstaaten zu den Ausgaben des Reichs von ihrer bisherigen Höhe im Betrage von 81 Millionen nur auf 66 1/2 Millionen ermäßigen würden, so kann darin die Erfüllung jener Erwartung unmöglich gefunden werden. Voraussetzung einer wirklichen Reform würde vielmehr sein einmal eine Vermehrung der Reichseinnahmen in einem Grade, daß die Matricularbeiträge bis auf einen Mäßig zu bemessenden Maximalbetrag ganz beseitigt und außerdem noch eventuelle Ueberschüsse an die Einzelstaaten abgeführt werden könnten, sodann eine Organisation, welche eine Gewähr dafür bieten würde, daß die also herbeigeführte Entlastung der Einzelstaaten in denselben auch wirklich zu einer entsprechenden Verbesserung des Steuerwesens benützt würde. Im Gegentheil hierzu stellen sich die jetzt vom Bundesrathe angenommenen Vorschläge im Grunde als eine bloße Steuererhöhung dar, bestimmt, den im Etatentwurf veranschlagten Mehrbedarf einerseits und Einnahmeausfall andererseits zu decken. Da drängt sich denn die Frage auf, ob wirklich eine zwingende Nothwendigkeit vorliegt, eine solche Steuererhöhung ohne Steuerreform vorzunehmen. Ein erster Ueberblick über den vorliegenden Etatentwurf macht den Eindruck, als ob die Ausgaben im Großen und Ganzen so reichlich bemessen seien, daß sich bei genauerer Erwägung an dem veranschlagten Mehrbedarf von 11 1/2 Millionen doch nicht unwesentliche Abirre machen ließen. Außerdem wird zu unteruchen sein, ob nicht auch der Einnahmeausfall mit 17 Millionen zu hoch veranschlagt ist. Der Ertrag der Zölle und Verbrauchssteuern ist z. B. um 7 1/2 Millionen niedriger als im Vorjahr angelegt worden. Es wird sich fragen, ob man dabei nicht von allzu pessimistischen Anschauungen ausgegangen ist; jedenfalls wird man zugeben müssen, daß die geringere Ertragsfähigkeit der Zölle und Verbrauchssteuern nur vorübergehenden Ursachen beruhen kann und deshalb an sich eine dauernde Steuererhöhung nicht rechtfertigen würde. Bei den Ueberschüssen aus früheren Jahren“ nimmt der Etatentwurf eine Mindereinnahme von 11 1/2 Millionen an. Hier werden indes zunächst noch die Mittheilungen der Reichsfinanzverwaltung über die bis jetzt feststehenden Ergebnisse des laufenden Etatsjahres abzuwarten sein. Ferner ist zu erwägen, ob nicht dieser oder jener Posten des Etats wichtiger auf die Anleihe zu übernehmen sein wird. Kurz, es ist, besonders nach den wiederholt gemachten Erfahrungen, die Hoffnung nicht unberechtigt, daß sich das sogenannte Deficit von 25 1/2 Millionen nicht unerblich verringern lassen wird. Der etwaige Rest der Summe würde allerdings durch eine weitere Erhöhung der Matricularbeiträge zu decken sein. Aber es fragt sich doch, welches das größere Uebel sein würde: eine derartige vorübergehende Erhöhung oder die Verwilligung dauernder Steuern, welche nicht allein nicht auf der Grundlage einer planmäßigen Reform stehen, sondern einer solchen unter Umständen sogar in bedenklicher Weise vorgreifen könnten. — Nach alledem ist es überflüssig, über die tatsächlichen Aussichten, welche die Steuererhöhung des Bundesrats im Reichstage haben, etwas Weiteres zu sagen. Dieselbe dürfte kaum annehmbar erscheinen. Am allerwenigsten kann der hervorragende unter ihnen, das Project der Erhöhung der Tabaksteuer, eine Kritik unter dem Gesichtspunkte der Steuerreform vertragen. Daß der Tabak das geeignete Mittel zu einer sehr starken Vermehrung der Reichseinnahmen ist und als solches benützt werden muß, darüber herrscht wohl in der großen Mehrheit der Bevölkerung Uebereinstimmung. Gerade deshalb aber kann eine Maßregel, welche auf einen Mehrertrag von nur 30 Millionen Mark hinausläuft, in keiner Weise genügen, und es erscheinen somit die von den Interessenten gegen diese Vorlage gerichteten Anstrengungen als ein ziemlich großer Kraftaufwand.

## Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 12. Februar.

Das Präsidium des Reichstags, vertreten durch die Herren Präsident v. Fockenberg und Vicepräsident Frhr. v. Stauffenberg (der zweite Vicepräsident Fürst Hohenlohe-Kangenberg ist wegen Krankheit noch von Berlin abwesend), wurde am Sonntag vom Kaiser empfangen. Dieser begrüßte die Herren in sehr freundlicher Weise, sprach von der Wichtigkeit der dem Reichstage bevorstehenden Aufgaben und äußerte sich über die allgemeine Lage in ähnlicher Weise, wie dies in der Thronrede geschehen; die Voge sei allerdings ernst, doch hoffe er noch immer, daß es möglich bleibe, den Frieden zu erhalten. Die genannten Herren wurden auf Montag zur kaiserlichen Tafel befohlen. Wann der Reichskanzler in Berlin eintreffen wird, ist noch nicht mit Sicherheit bekannt. Es läßt sich daher selbstverständlich auch noch nicht sagen, wann die Interpellation über die orientalische Angelegenheit im Reichstage auf die Tagesordnung gesetzt werden kann. Bei der stets sich steigenden Verwickelung der erwähnten Frage muß man es übrigens als zweifelhaft betrachten, ob Fürst Bismarck in den nächsten Tagen überhaupt in der Voge sein würde, eingehendere Mittheilungen über den Stand der Dinge zu machen. Die „Nationalzeitung“ weist darauf hin, daß seit Herrn v. Bennigsen's Interpellation über die Luxemburger Frage die von den Vertretern „der fünf reichstreuen Fractionen und Gruppen des Reichstags“ eingebrachte Interpellation der erste Fall sei, daß die Regierung von der Mehrheit des Hauses über die auswärtigen Verhältnisse des Bundes und Reichs um Auskunft angegangen wird. Sie führt sodann aus, daß die bisherige Zurückhaltung eben so gerechtfertigt war, wie der Entschluß, der in diesem Augenblicke die Interpellation eingab. „Was hat und was hätte, schießt sie ihre Betrachtungen, in diesen sieben Jahren (seit 1871) über die Ziele der deutschen Politik im Reichstage gesagt werden können, was nicht bis zur Bewahrung nur eine Umschreibung des ehrlichen und fernigen Sinnes der Thronrede vom 21. März 1871 gewesen wäre. Aber was hätte auch über die Mittel dieser Politik gesagt werden können, die nötig waren, um unter den geänderten Verhältnissen, welche Beschränkung und Verengung der Diplomatie in sich faßten, das feste Ziel zu verfolgen — was hätte darüber enthüllt werden können, ohne dem Mißwollen dreifachen Anlaß zu geben? Die Antwort auf diese Fragen ist: „Nichts“. Wenn jemals in der neueren Geschichte, so tritt im Ueberblick dieser sieben Jahre an Licht, daß die auswärtige Leitung der Staaten nur als Ganges richtig und gerecht beurteilt werden kann. Wird heute unter den europäischen Staatsmännern noch einer dreist genug sein zu behaupten, daß Deutschland in irgend einem Augenblicke dieses Zeitraums etwas Anderes im Auge gehabt als die dauernde Verwirklichung des Weltfriedens, nachdem die Aufrichtigkeit seiner Friedensbestrebungen von allen Seiten unter Umständen hat anerkannt werden müssen, welche einer Diplomatie der alten Schule als unschätzbare Gelegenheit erschienen wäre, im Trüben zu fischen und des Streites der Andern sich zu freuen? Der Entschluß, der die Interpellation eingab, welche jetzt von den liberalen und conservativen Parteien des Reichstages eingebracht wurde, scheint gerade nach dieser Vorgeschichte ein so ernst und bedeutungsvoller. Der Reichstag hat seine Stimme nicht in unnützen Worten verstreut; wenn er sie jetzt erhebt, so darf das als Beweis dafür gelten, daß ein entscheidender Wendepunkt naht und der Augenblick nicht fern ist, wo Deutschland im Gefühle seiner Verantwortlichkeit wie seines europäischen Rufes sein Wort in die Waagschale zu legen hat. Nicht um die Friedenspolitik des Reichskanzlers zu erschweren, sondern mit dem Bewußtsein, daß es gilt, derselben den Nachdruck zu geben, welchen die Unterstüßung der Mehrheit des Reichstages und die öffentliche Meinung geben kann, dürfen wir die Interpellation als getheilt betrachten. Wir erstreuen uns der Einmüthigkeit, mit welcher die reichstreuen Parteien dieser wichtigen Angelegenheit gegenübergetreten sind und hoffen, daß diese Einmüthigkeit sich erhalten wird, wenn und wo es gilt, der Sache des europäischen Friedens, der Humanität wie des Interesses zu dienen, deren Schutz die unabwiesliche Aufgabe des Reiches ist.“ Die Steuerentwürfe des Bundesrats sind beim Reichstage nunmehr eingegangen; dieselben sind aber von so bedeutendem Umfange, daß es sehr zweifelhaft erscheint, ob ihre Verathung, wie beabsichtigt war, mit derjenigen des Etats, dessen erste Lesung über die laufende Woche doch nicht gut hinausgeschoben werden kann, sich verbinden lassen wird. Da die Vorlagen in erster Linie bestimmt sind, die Deckung eines angeblichen Deficits im Reichshaushaltetat für 1878/79 zu ermöglichen, so würde eine solche Verbindung allerdings in der Natur der Sache liegen. Absolut zwingende Gründe sind indes dafür um so weniger vorhanden, als der Etatentwurf selbst die zu erwartenden Erträge der neuen Steuern einweisen nicht enthält, sondern das erwähnte Deficit behufs seiner Deckung auf die Matricularbeiträge verweist. Es wird also kaum etwas im Wege stehen, die Steuerentwürfe getrennt zu verathen. Was die geschäft-